

Votum von Philip C. Brunner
Fraktionspräsident SVP

Es gilt das gesprochene Wort
gehalten am 6.7.2023 zum
Trakt. 6; Geschäftsbericht 2022.

Sehr geehrter Herr Kantonsratspräsident
Sehr geehrte Damen und Herren der Regierung
Sehr geehrter Herr Finanzdirektor Heinz Tännler
Sehr geehrter Herr StaWiKo-Präsident Tom Magnusson
Werter Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste und Medienschaffende

Ich freue mich, den Reigen der Fraktionsvoten zu eröffnen: Der erste Satz des Berichtes und Antrages der StaWiKo hat es in sich: **«Der Ertragsüberschuss der Jahresrechnung 2022 beträgt CHF 332 Mio. und übertrifft das letztjährige Rekordergebnis»**. Das neue Rekordergebnis 2022 nach dem Rekordergebnis von 2021 also. Das Kompliment und der Dank der SVP-Fraktion dazu ist dem gesamten Regierungsrat und natürlich SVP-Finanzdirektor Heinz Tännler gewiss. Kommt hinzu, dass das Aufwandbudget praktisch eingehalten werden konnte und es mit CHF 10,8 Mio. nur um 0,7% höher abweicht als seinerzeit, noch im Coronajahr 2021 budgetiert. Der Gesamtaufwand betrug enorme CHF 1,6 Mia. Dies in einem sehr schwierigen Umfeld, (bei steigenden Kosten bei Asylwesen, bei der Hilfe für die hiesigen Ukrainer, dem Härtefallprogramm, Covid-19 usw.). Wohl zum letzten Mal für längere Zeit schickte die Schweizerische Nationalbank ebenfalls Geld nach Zug, knapp CHF 60 Mio., die 6-fache Ausschüttung nämlich, budgetiert war vorsichtshalber eine 2-fache Zahlung. Wir werden das zukünftig verschmerzen müssen, umso mehr als es für die nächsten Jahre nicht budgetiert wurde. Da dürften andere Kantone stärker darunter zu leiden haben. Wir leiden weniger stark als auch schon an den unglaublichen CHF 328 Mio. die in den NFA flossen, wie Sie, werte Damen und Herren der Tabelle auf Seite 2 des StaWiK-Berichtes entnehmen können. Auch der ganzen StaWiKo ist neuen Präsidenten, neben der gesamten Verwaltung, der Steuerverwaltung, der Finanzdirektion und allen Mitarbeitenden für Ihre nicht immer einfache Arbeit zu danken.

Gemäss Information der Finanzdirektion dürfte der an dieser Stelle, also hier im 150-jährigen Kantonsratssaal, oft erwähnte und heiss diskutierte NFA in den nächsten 6 Jahren, also bis 2029 auf über 600 Mio. ansteigen, sich also verdoppeln. Nach der Abstimmung vom 18.6.2023 zur OECD-Mindeststeuer, bzw. der kantonalen Ergänzungssteuer in der Höhe von 15% ist das praktisch ganz sicher, vielleicht steigt der Betrag sogar noch höher. Sicher ist auch, dass wir damit – im Jahre 2027- den grössten

Zahler, den Kanton Zürich überholen werden. Die Zürcher freut es sicher nicht vom Platz 1 verbannt zu werden, wie die medialen Pfeile des dortigen Finanzdirektors aufzeigen. Dafür haben uns die Zürcher 2025 ans Sechseläuten eingeladen, zum zweiten Mal nach 2007 – der Kanton Zug darf also dem mehr als 10-mal grösseren Kanton mit Stolz und auf Augenhöhe auch auftreten. Zuletzt wurden wir übrigens 2007, kurz vor Einführung des NFA eingeladen, damals noch auf Platz 4, hinter Zürich, hinter Basel, hinter Genf im kantonalen Ranking. Wer hätte damals 2008 bei der Einführung gedacht, dass der NFA-Zahlungen an die Nehmerkantone sich 20 Jahre später sich mehr als verdreifachen würde? Hintergrund ist unsere Ressourcenstärke und die Arbeit von mehreren Generationen von Politikerinnen und Politikern – unseren Vorgängern - heute geht die Saat auf – zu unseren Gunsten und wie!

Etwas wollen wir nicht vergessen: Wie erstaunlicherweise vor der OECD-Abstimmung von verschiedener Seite gegen unseren Kanton medial geschossen wurde. Bis Mitte Juni war «Zug» sozusagen das neue «Feindbild der Nation» zumindest aus linker Sicht von SP-Nationalrätin Frau Badran & Co., die die OECD-Mindeststeuer verbal bekämpfen und zusammen mit unserm SRF (dem **S**chweizerischen **R**ot **F**unk) in der «Arena» ohne Vertreter aus den nationalen «Motoren der Schweiz» für einen peinlichen Cabaret-Abend sorgte. Dafür zücken wir von SVP die rote Karte. Viel stärker als der Kanton Basel-Stadt, im Übrigen eine tief rot-grüne Hochburg der andere sogenannte «Profiteur» dieser Steuerreform, hat vor allem Zug medial als Prügelknabe hinhalten zu müssen. Die mehrheitlich links-stimmenden Stimmbürger in Basel sahen es wie wir hier in Zug und nahmen die OECD-Vorlage deutlich an.

Überhaupt: Der Streit um die OECD-Mindeststeuer hat leider alle unausgegorenen Vorurteile gegen Zug bestätigt. Über die Steuerpolitik regen sich viele auf. Aber unser Geld ist überall Willkommen und man nimmt es in einer Selbstverständlichkeit – Dank gibt es kaum. Und wenn wir festen, beim ESAF oder beim Jodlerfest kriegen doch noch Einige mit, dass die Vorurteile vielleicht nicht ganz stimmten. Auch in sogenannten bürgerlich tickenden Nehmerkantonen gilt der Spruch aus dem alten Rom: «Pecunia non olet» - Geld stinkt nicht.

Dass es dazu auch handwerklich einiges braucht, zeigt der Geschäftsbericht 2022 deutlich auf. Die Graphiken auf den Seiten 50-bis 60 sind als Erklärung sehr deutlich. Doch es gibt auch zukünftige Herausforderungen. Es wird immer deutlicher, dass die Verwaltung an verschiedenen Stellen auf dem Zahnfleisch läuft und wichtige Leistungen spät, oder nur ungenügend erbracht werden. Als Beispiel sei hier das Handelsregisteramt genannt. Auch der Gebäudeversicherung hat der

Schritt in die Unabhängigkeit leider gar nicht gutgetan, die SVP war immer gegen das heutige Konstrukt, haben damals leider die Referendumsabstimmung verloren und zwar brutal: 80% JA-Anteil, ein Vertrauensbeweis in den damaligen Sicherheitsdirektor und nachmaligem Präsidenten des neuen VR der Gebäudeversicherung. Einmal mehr behält die SVP-Fraktion mit ihren Bedenken recht. Wir hoffen nun, dass es der zuständigen Sicherheitsdirektorin und dem Gesamtregerungsrat gelingt den ausser Rand und Band geratenen Verwaltungsrat der Gebäudeversicherung auf Kurs zu bringen und vor allem die richtige 5. Person in den VR zu wählen.

Insgesamt hat man den Eindruck, dass die heutigen Personalkosten, satte CHF 337,4 Mio. im laufenden Budget 2023 sind es bereits CHF 356,1 bis 2027 wird der Betrag weiter steigen. Wir werden das Budget 2024 besonders in diesem Bereich genau anschauen müssen, werden doch die neu geschaffenen Stellen ganz selten später wieder abgebaut, selbst in schlechteren Zeiten als wir sie gerade erleben.

Nicht nur die Personalkosten steigen, sondern auch die Transferleistungen aus Zug erreichen ungeahnte Ausmasse – auch via AHV. Darüber sprechen wird weniger gesprochen ...

Unter allen kantonalen Ausgleichskassen gibt es laut der ZAS, der zentralen Ausgleichsstelle eine einzige, die mehr ein- als auszahlt: nämlich unsere hier in Zug. Das war in den letzten fünf Jahren jedes Jahr so. 2022 lieferte sie mehr als 1 Milliarde Franken ab, verteilte aber nur halb so viel in unserem Kanton. Der Grund dafür ist, dass unsere Bevölkerung vergleichsweise relativ jung ist; auch sind die Löhne und somit auch die Lohnbeiträge im schweizerischen Vergleich höher, auch dies zeigt die wirtschaftliche Kräfte die hier schlummert. Im Kanton Bern zum Beispiel ist das Verhältnis genau umgekehrt: Die Ausgleichskasse bezahlt etwa halb so viel in den AHV-Fonds ein, wie sie daraus verteilt.

Doch zurück zur Jahresrechnung, welche sehr eindrücklich zeigt, was der Kanton auf verschiedenen Ebenen an Leistungen erbringt, eben zunehmend nicht nur für die eigenen Einwohnerinnen und Einwohner, nicht nur für den Wirtschaftsstandort Zug, sondern eben auch direkt und indirekt für die ganze Schweiz.

«Nomen est omen est»: Die Schweizerische Volkspartei, die SVP von Kanton und Freistaat Zug steht zur Schweiz. Aber auch zu einer Schweiz, welche sich vorwärtsbewegt, wirtschaftlich und damit auch sozial. Man hat bei uns den Eindruck, dass die ganze Schweiz vor allem einmal die hohle Hand hinhält, das nennt man umgangssprachlich «betteln» und Zug soll zahlen, und dies nicht freiwillig sondern nach Verfassung und Gesetz. Und

wenn man dann via Medien vernimmt wie in anderen Kantonen das Geld und damit auch Geld aus Zug ausgegeben wird stehen einem die Haare zu Berge, ja es wird einem ganz schlecht. Nicht nur in den jeweiligen kantonalen Verwaltungen. Leider kann uns das nicht ganz egal sein, kommen doch vermehrt viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus anderen Kantonen im Kanton Zug beim Kanton arbeiten. Von den rund 1890 Vollzeitstellen dürften dies über 40% sein, also über 1'000 Personen die täglich hier bei den kantonalen Institutionen arbeiten.

Ja, Sie haben recht Herr Finanzdirektor und damit auch oberster Personalchef des Kantons. Wir brauchen diese Leute, wir brauchen ihre Arbeitskraft und wir brauchen vor allem Leute, die den **Geist von Zug** übernehmen und weiterführen. Das ist vermutlich schwieriger als gedacht.

Leider wird das immer schwieriger. Auch bei uns werden die ausgeleiteten kurzen Wege zu bürokratischen Hindernisläufen, denken sie dabei einfach an die Herausforderung beim Bauen.

In diesem Sinne – wünsche ich Ihnen Herr Finanzdirektor alles Gute und Ihnen geschätzte Damen und Herren für die kommende Budgetdebatte – auch wenn wir finanziell sehr gut aufgestellt sind **ist Masshalten beim Schaffen von neuen Aufgaben, das geht auch an den Kantonsrat der die Aufgabe hat, neuen Ausgaben kritisch zu hinterfragen**. Wie schnell die Dinge sich ändern können haben wir alle in den letzten drei Jahren auf internationaler und europäischer Ebene erlebt.

Fazit: Die SVP-Fraktion wird allen Anträgen der Regierung zur Jahresrechnung 2022 zustimmen. Auch bei der Gewinnverwendung lehnen wir anders lautende Anträge und Vorschläge dezidiert ab und dies praktisch einstimmig. Ganz besonders allfällige Anträge zu Auslandhilfe.

«Vorsicht bleibt die Mutter der Porzellankiste». Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Zug, 6.7.2023

Philip C. Brunner
Fraktionspräsident, SVP,
Zug